

Den Krieg fortführen oder die Revolution vollenden?

Politische und soziale Bewegungen in Mannheim zu Beginn der Weimarer Republik*

MIA LINDEMANN

In dem folgenden Artikel geht es einerseits um die betrieblichen Kämpfe in Mannheim und andererseits um die Auseinandersetzung mit den Rechten in den Jahren 1919 und 1920. Außerdem wird die Einführung des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 beleuchtet. Zuvor hatten sich die ganz überwiegend mehrheitssozialdemokratischen Räte selbst entmachtet. Die gegenrevolutionäre Reichsregierung, die von der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) geführt wurde, hatte zudem die revolutionären Räterepubliken in Bremen und München sowie die bedeutenden Sozialisierungsbewegungen blutig unterdrückt.

1. Die Verlagerung der revolutionären Kämpfe in die Betriebe

Die Arbeitskämpfe hatten sich in der ersten Hälfte des Jahres 1919 radikalisiert. Deutlich war zu spüren, dass große Teile der arbeitenden Klasse nach der Eroberung der politischen Macht im November 1918 weitergehen wollte. Für sie standen nun die Eroberung der Betriebe, mindestens aber die volle Mitbestimmung in allen Fragen auf der Tagesordnung.

In den Kampfformen zeigte sich der Einfluss der Syndikalisten. Häufig wurde vom Mittel der passiven „Resistenz“ (des passiven Widerstands) Gebrauch gemacht. Das heißt: Die Arbeiter und Arbeiterinnen blieben im Betrieb ohne zu arbeiten. „Da der Verband sie nicht unterstützt“ habe, argumentierten sie, bleibe man

im Betrieb, dann müsse die Direktion sie bezahlen.

Aber es kam auch zu aktiven Betriebsbesetzungen und direkten Aktionen – zum Beispiel in den Hommelwerken und der AG für Seilindustrie, vormals Ferdinand Wolff, oder bei BBC. Die Arbeiter erzwangen dort 10 % Lohnerhöhung, ohne ihre Gewerkschaft zu fragen.

Derweil bereitete die USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei) den Aufbau einer revolutionären Betriebsräteorganisation vor. Schon seit März war das ein Thema in der *Tribüne*, der Zeitung der „Unabhängigen“ in Mannheim.

Der uns so geläufige Begriff „Betriebsräte“ hatte 1919 noch keine festgelegte Bedeutung. Mit dem Stinnes-Legien-Abkommen im November 1918 waren die bisherigen Arbeiteraus-



Revolutionäre Demonstration in Mannheim, November 1918.

schüsse neu definiert worden. Sie sollten die Einhaltung von Tarifverträgen im Betrieb überwachen.

Im Juli 1919 verabschiedete der Nürnberger Gewerkschaftskongress Grundlinien des künftigen Betriebsrätegesetzes, wie es am 19. Januar 1920 im Reichstag verabschiedet worden und am 4. Februar 1920 in Kraft getreten war. Demnach hatten die Betriebsräte eine Doppelfunktion als Interessenvertretung der Beschäftigten einerseits, andererseits sollten sie den Unternehmer in der Erfüllung der Betriebszwecke unterstützen.

Dagegen wandten sich mit Entschiedenheit die „Unabhängigen“ und der von ihnen beherrschte Deutsche Metallarbeiterverband (DMV), der Vorläufer der IG Metall. Am 2. September 1919 schrieb die *Tribüne*, die Zeitung der USPD in Mannheim: „Es ist die Aufgabe der revolutionären Betriebsräte, die wirtschaftliche Macht zu erobern und die Machtstellung des Unternehmertums in der Fabrik und im Produktionsprozeß im steten Kampf zu zertrümmern, um sodann die errungene wirtschaftliche Macht in politische umzusetzen.“

Ähnliches war in der *Roten Fahne*, der örtlichen Zeitung der KPD, am 17. Januar 1920 zu lesen: „Wir fordern das volle Kontrollrecht über die Betriebsführung. [...] Es gilt den Kampf für die revolutionären Betriebsräte in allen Betrieben voranzutreiben.“

Am 04. Dezember 1919 berichtete die *Tribüne* aus dem Protokoll des damals abgehaltenen Parteitags der USPD über geplante Mitbestimmungsregeln des Betriebsrätegesetzes. Danach sollten in Großbetrieben ein bis zwei Arbeiter in Aufsichtsräte entsandt werden können und in Großbetrieben mit mindestens 500 Arbeitern oder 100 Angestellten Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt werden müssen. Die *Tribüne* hierzu: „Die Arbeiterschaft wird sich für diese Verhöhnung ihres Bestrebens nach Gleichberechtigung bedanken.“

Mit der Scheindemokratisierung der Betriebe wollten sich also die Linken nicht abfinden.

Die Abstimmung über das Betriebsrätegesetz im Reichstag war begleitet von außerparlamentarischen Protesten. Erneut gab es einen blutigen Einsatz des Militärs gegen eine Demonstration von Berliner Arbeiterinnen und Arbeitern. 30 bis 40 Demonstrierende verloren dadurch ihr Leben.

Die Mannheimer USPD und KPD hatten am Jahrestag der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, dem 15. Januar 1920, ab 12 Uhr zu Protesten aufgerufen. Dagegen appellierte zwischen dem 13. und dem 15. Januar die *Volksstimme*, die Zeitung der Mehrheitssozialdemokraten, nicht weniger als vier Mal an ihre Anhänger, sich weder an Demonstrationen noch Streiks zu beteiligen.

Dennoch feierten die beiden Zeitungen von KPD und USPD, *Rote Fahne* und *Tribüne*, einen Erfolg: Sie verkündeten, dass 18.000 Arbeiter ihrem Aufruf gefolgt seien. Die *Volksstimme* zweifelte diese Zahl allerdings stark an, sie sprach von 3.500 Demonstrierenden.

Die Wut gegen das neue Betriebsrätegesetz und über den Einsatz des Militärs in Berlin bei einer doch rein „wirtschaftlichen“ Demonstration verband sich also mit der Klage über die Ermordung Liebknechts und Luxemburgs.

In Solidarität mit den ermordeten demonstrierenden Arbeitern Berlins setzte der Arbeiterausschuss bei Benz auf dem Waldhof am 15. Januar 1920 morgens um 10 Uhr eine Betriebsversammlung an. Dort beschloss die Belegschaft die passive Re-

sistenz. Man war sich einig, dass es um das Naturrecht der sozialistischen Arbeiterschaft gehe. Die Belegschaft forderte die gesamte Arbeiterschaft Mannheims auf, sich ebenfalls solidarisch zu erklären. Auch die Belegschaft von Bopp & Reuther trat in passive Resistenz.

Die revolutionären Arbeiter verloren allerdings auch diese Auseinandersetzung um das Betriebsrätegesetz. Sie scheiterten mit ihrem Ziel, die Arbeiterkontrolle durchzusetzen.

2. Die Arbeiterparteien

Der Ausgang der damals durchgeführten Wahlen – von der Gemeinderatswahl im Mai 1919 über die Reichstagswahl im Juni 1920 bis zur Landtagswahl 1921 – spiegelte trotz der Niederlagen unzweifelhaft eine Verstärkung und Organisation linken Protests wider. Dennoch kam es nie zu einer völligen Abwendung von der MSPD. Sie behielt immer eine komfortable Mehrheit in Mannheim.

Die KPD war von ihrer Gründung bis zum Heidelberger Parteitag im Oktober 1919 (der geheim auch in Mannheim, Weinheim und auf dem Dilsberg abgehalten wurde) ein illustrierter Haufen von Linksradikalen, Intellektuellen und Syndikalisten. Die *Rote Fahne* Mannheim, die ab Februar 1919 erschien, warb für den Eintritt in die *Freie Vereinigung*, eine syndikalistische Organisation. Ab Oktober durften solche Aufrufe nicht mehr erscheinen. Die Linksradikalen wurden ausgeschlossen. Mit dieser umstrittenen Politik des KPD-Führers Paul Levi, der wenig später selbst aus der KPD ausgeschlossen wurde, bereitete sich die Partei auf die Vereinigung mit der Massenpartei USPD vor. Im Oktober 1920, entschied sich der größere Teil der „Unabhängigen“ für den Zusammenschluss mit der Kommunistischen Partei.

Schon bei den Gemeinderatswahlen im April 1919 schnitt die USPD in Mannheim sehr viel besser ab als im Januar 1919. Sie kam auf 16,4 %, wurde aber überflügelt vom katholischen Zentrum mit 16,9 %, der DDP (Deutsche Demokratische Partei) mit 18,5 % und den Mehrheitssozialdemokraten mit 36,4 %.

Bei der Reichstagswahl im Juni 1920 fiel die Mannheimer MSPD von 56 %, die sie im Januar 1919 erreicht hatte, zurück auf nur noch 30 %.

Die „Unabhängigen“ errangen 20,6 % der Stimmen, die KPD lediglich 2,9 %. Der Waldhof und die Neckarstadt mit ihren vielen Metallarbeiterfamilien waren die Hochburgen der „Unabhängigen“.

Die Bevölkerung der als Arbeiterstadtteile bekannten Gegenden von Mannheim gaben zu etwa 80 % ihre Stimmen den drei Arbeiterparteien bei einer immer noch relativ hohen Wahlbeteiligung von knapp 80 %.

Bei den bürgerlichen Parteien kam die DDP bei den Reichstagswahlen 1920 nur noch auf 9 %, während die noch rechteren bürgerlichen Parteien wuchsen. Die DVP (Deutsche Volkspartei) errang 13 % und die DNVP (Deutschnationale Volkspartei) fast 8 %.¹ Ein deutlicher Rechtsruck im bürgerlichen Lager.

3. Den Krieg fortführen ...

Unablässig trommelte der *Generalanzeiger*, Mannheims größte Zeitung, gegen die „Bedrohung“ Deutschlands durch die „Bolschewisten“ und „Spartakisten“, gegen die Härte der Waffenstillstandsbedingungen, gegen den „Schmachfrieden“

von Versailles und für die Verteidigung des Vaterlandes.

Mit Plakaten und Zeitungsannoncen wurden ehemalige Offiziere und Soldaten für den „Schutz der Ostgrenze“ geworben. Tatsächlich ging es um die Bekämpfung des „Bolschewismus“, innerhalb und außerhalb der Republik.

Man unterlief damit die Auflage der Alliierten, das Heer auf 100.000 Soldaten zu verringern. General Lüttwitz stellte sich offen gegen diese Auflage der Alliierten.

Im Osten des Reichs, im Baltikum, sammelten sich konterrevolutionäre Truppen gegen die Republik. Großindustrielle unterstützten finanziell die Freikorps, militärische Verbände, in denen sich besonders viele rechtsradikale ehemalige Offiziere der Reichswehr wiederfanden.

Am 20. September 1919 zitierte die *Tribüne* einen *Vorwärts*-Artikel, in dem ein Sozialdemokrat berichtete, „in der Schreibstube des Kapitän Stöwer in Kurland prangten große Plakate, die besagten, dass man kämpfe für das Kaiserreich, gegen die Demokratie, dass man Noske mit seinen Soldaten niederkämpfen werde. Man werde die verdammte demokratische Regierung mit all ihren Juden verjagen und für die nötigen Pogrome sorgen. Das Kaiserreich werde wieder aufgerichtet und dann sollen die Sozialdemokraten sehen, wie die Deutschen Ordnung machen.“

Dass dies keine Eintagsfliege war, sondern tatsächlich den Plänen rechtsgerichteter Militärs – insbesondere den Vorstellungen des Generals Ludendorff – entsprach, wusste man damals nur in den entsprechenden Kreisen, aber in der *Tribüne* – und sicherlich ebenso anderen Zeitungen der „Unabhängigen“ – wurde beständig davor gewarnt.

4. Wer propagierte Militarismus und Nationalismus in Mannheim?

In Mannheim hatten sich gleich nach der Revolution die verschiedenen liberalen Parteien (Fortschrittliche Volkspartei und Nationalliberale Partei) des Kaiserreichs in der DDP vereinigt, aber bald schon scherte die Deutsche Liberale Volkspartei nach rechts aus (die früheren Nationalliberalen um Julie Basseremann), noch weiter rechts gründeten sich Ortsverbände der DVP und DNVP (Landgerichtsdirektor Alfred Hanemann).

Ihr gemeinsames Sprachrohr war der *Generalanzeiger*. Die Fortdauer des Militarismus war offenkundig.

Die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung Badens warb wie alle deutschen Landesregierungen für die Aufstellung von „Einwohnerwehren“, offensichtlich mit dem Ziel der inneren Aufstandsbekämpfung. Das sorgte bei den „Unabhängigen“ für große Unruhe, zumal ihnen gemeinsam mit den Kommunisten der Zutritt verwehrt wurde.

5. Kriegsschuld und Versailler Vertrag

Am 24. April 1919 fand im Nibelungensaal des Rosengartens eine Veranstaltung mit dem evangelischen Prediger Hartwich aus Bremen statt, der die Schuld Deutschlands am Krieg leugnete. Zu seiner Erzählung gehörte auch, dass die Soldaten siegreich auf dem Schlachtfeld gewesen waren, aber die Heimat ihnen in den Rücken gefallen sei (Dolchstoßlegende).

Auch dieses Thema war nicht neu, sondern gehörte zum Propagandarepertoire der Militärs und der Rechten in Deutschland seit Ende des Krieges.

Ein weiteres Thema nach dem Waffenstillstand im November



Mia Lindemann bei der Veranstaltung „Die Novemberrévolution vor 100 Jahren“ in Mannheim, 09. November 2018.

1918 war in der Sprache der Rechten und auch in der des *Generalanzeigers* der drohende „Schmachfrieden“ und die „Vergewaltigung Deutschlands“. Es gab dort keine Erinnerung an das viel härtere Friedensdiktat, das Deutschland 1918 in Brest-Litowsk der russischen Revolutionsregierung aufgezwungen hatte, oder an die harten Friedensbedingungen, die Deutschland Frankreich 1871 auferlegt hatte.

Nach Bekanntwerden der Bedingungen des Friedensvertrags von Versailles explodierte diese Stimmung. Quer durch alle Parteien sprach man von „Gewaltfrieden“.

Selbst die MSPD-Führung wollte auf keinen Fall diesem Friedensvertrag zustimmen. Am lautesten tönnte so Philipp Scheidemann. In Baden vertrat diese Richtung Adam Remmele, badischer Innenminister und ehemaliger Redakteur der Mannheimer *Volksstimme*. Auf einer mehrheitssozialdemokratischen Veranstaltung argumentierte er am 17. Mai im Rosengarten vor 2.500 Anwesenden dementsprechend.

Eine bürgerliche Kundgebung gegen die „unerhört grausamen Bedingungen des gegen uns beabsichtigten Gewaltfriedens“ wurde für den 20. Mai angesetzt. Hier nahmen 5.000 Menschen teil. Der *Generalanzeiger* forderte: Kein Frieden ohne Kolonien!

Es war eine völlig nutzlose Hysterie, weil der Friedensvertrag unterschrieben werden musste, es gab keine deutsche Armee mehr, die sich den Alliierten hätte entgegenstellen können. Aber die große Protestkampagne gegen den Versailler Vertrag, die der Außenminister Graf von Brockdorff-Rantzau hatte führen lassen, hatte sicherlich eine Zielrichtung – das Schüren nationaler Resentiments bis weit in die Arbeiterbewegung hinein.

Wie reagierten die Mannheimer Arbeiterinnen und Arbeiter?

Der „Aktionsausschuss zur Einigung des Proletariats“, in dem sich für kurze Zeit alle drei Arbeiterparteien unter dem Vorsitz des Mehrheitssozialdemokraten Georg Kreis zusammengefunden hatten, reagierte mit größtmöglicher politischer Vernunft: „Es darf im Interesse der Menschlichkeit nur eines geben: den Vertrag um des Friedens willen trotz seiner ungeheuren Härten zu unterzeichnen! Die Waffen nieder!“

Der Aktionsausschuss hatte zu einer Massenkundgebung am 21. Juni 1919 aufgerufen. Leider wissen wir nicht, wie groß diese Massenkundgebung geworden wäre, weil infolge der Lebensmittelunruhen am gleichen Tag die Veranstaltung nicht stattfinden durfte. Aber der Aktionsausschuss hatte schon am 1. Mai 50.000 Menschen auf die Straße gebracht, vermutlich wären es wieder viele Tausend geworden.

6. Generalstreik und Betriebsbesetzungen gegen Rechtsputsch

Als im Januar 1920 der Versailler Friedensvertrag in Kraft trat, verlangten die Alliierten die Auflösung der Freikorps und bestimmter Truppenverbände. Daraufhin putschten am 13. März 1920 rechtsradikale Kreise zusammen mit Militärs wie den Generälen Lüttwitz und Ludendorff gegen die Reichsregierung.

Aber das Militär war nicht insgesamt auf der Seite der Putschisten und weite Teile der Ministerialbürokratie ebenfalls nicht. Die Gewerkschaften riefen zum Generalstreik auf, und der Putsch brach am 17. März zusammen.

Als der Putsch in Mannheim bekannt wurde, schrieb die *Volksstimme* der MSPD, „ließen sich die Arbeitermassen in den großen Betrieben nicht mehr halten“.

Im Rosengarten fand eine Versammlung statt, in welcher die Redner der linksstehenden Parteien zu energischen Gegenmaßnahmen aufforderten. Adolf Schwarz von den „Unabhängigen“ führte die Geschehnisse auf die Vertrauensseligkeit der bisherigen Regierung und eines großen Teiles der Arbeiterschaft zurück. Der Generalstreik sei eine stumpfe Waffe, die Arbeiter müssten in die Betriebe zurückkehren. Es gelte die Machtergreifung des revolutionären Proletariats vorzubereiten.

Der DMV schrieb: „Eine sozialistische Republik! Das ist unser Ziel!“ Tatsächlich ging es um die Kontrolle der Produktion in den Betrieben.

Es wurden in 43 Mannheimer Betrieben revolutionäre Betriebsräte gewählt, ein revolutionärer Arbeiterrat sowie ein Aktionsausschuss der revolutionären Betriebsräte aus USPD, KPD und FAU (Freie Arbeiterunion - Syndikalisten) gebildet.

Entsprechendes geschah auch in vielen anderen Städten des Reichs. Im Ruhrgebiet wurde sogar eine Rote Armee aufgestellt. Jedoch wandte sich die nach Berlin zurückgekehrte bürgerlich-sozialdemokratische Regierung schnell der Aufgabe zu, die Aufstände von links mit den soeben durch den Putsch diskreditierten Truppen zu unterdrücken.

In Mannheim wurden fünf Großbetriebe der Metallindustrie besetzt, darunter Benz und Bopp & Reuther. Die Forderung lautete auf Anerkennung der Revolutionären Betriebsräte – gemeint war damit: gleichberechtigte Mitwirkung in allen Fragen des Ein- und Verkaufs, der Produktion, der Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften sowie Gewinnbeteiligung. Zudem forderten sie die Bezahlung der Streiktage. Die Kapitalseite blieb jedoch hart und reagierte mit Aussperrung und der Entlassung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Belegschaften verschafften sich trotzdem Zugang zu den Betrieben



Mia Lindemann bei der Veranstaltung „Die Novemberrévolution vor 100 Jahren“ in Mannheim, 09. November 2018.

und arbeiteten weiter. Sie forderten die Führungskräfte auf, ebenfalls ihre Pflicht zu tun. Ironisch schrieb der revolutionäre Betriebsrat von Benz: „Wenn Sie gewillt sind, als gleichberechtigte Männer mit uns zu wirken, nicht für den Geldbeutel Einzelner, sondern für das Wohl der Allgemeinheit, – wir sind bereit! Ihre passive Resistenz soll bezahlt werden!“

Doch fehlte die Unterstützung seitens der mehrheitssozialdemokratischen Arbeiter, es gab auch von außen keine Unterstützung und keine Aussicht auf Erfolg. So brach auch diese vorerst letzte revolutionäre Erhebung in Mannheim zusammen.

In Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband wurde erreicht, dass „nur“ 50 der Aktiven ihre Arbeitsplätze verloren. Bitter genug!

Ausdrücklich verlangten die Unternehmer, dass Betriebsversammlungen nur noch mit ihrer Genehmigung und nicht zu politischen Zwecken abgehalten werden durften.

Dennoch blieb Mannheim eine „rote Hochburg“.

* [Der hier vorliegende Aufsatz ist die gekürzte und überarbeitete Fassung eines Vortrags, den unsere Autorin am 20. November 2019 im Archivum, dem Mannheimer Stadtarchiv, gehalten hat.

Ein weiterer Artikel Mia Lindemanns über die politischen und sozialen Bewegungen der damaligen Zeit wurde unter dem Titel „100 Jahre Novemberrevolution 1918“ in der Beilage zu *Avanti*², Nr. 52 von Dezember 2018 (iso-4-rhein-neckar.de/no), veröffentlicht. ■

¹ Christoph Popp, „Die Weimarer Republik“; in: Niess/Caroli, *Geschichte der Stadt Mannheim*, Bd. III, 2009, S. 61.

Bildnachweis

Seite 1: Gemeinfrei.

Seite 3 und 4: KIM.

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de



Vi.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim